

Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission

Initiativantrag Nr. C 78 der Delegierten Wolfgang Bosbach, Armin Schuster, Ingo Wellenreuther und weiterer 27 Delegierter

Zeile 326

Füge ein nach:

„erreichen, indem wir“

„- die geltende Rechtslage anwenden. Das bedeutet: Personen, welche aus einem sicheren Herkunftsland oder über einen sicheren Drittstaat illegal nach Deutschland einreisen wollen, müssen schon an der Grenze abgewiesen werden.“

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 78 abzulehnen.

Initiativantrag Nr. C 79 der Delegierten Marco Wanderwitz, Michael Kretschmer, Yvonne Magwas und weiterer 27 Delegierter

Zeile 459

Füge ein nach:

„...zu berücksichtigen.“

Asylberechtigte und Flüchtlinge ebenso wie Personen, die sich im Verfahren dazu befinden, sollen ihren Aufenthaltsstatus künftig bereits verlieren, wenn sie rechtskräftig wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe von deutlich unter drei Jahren, so die bisherige Regelung, verurteilt wurden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 79 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, die folgenden Anträge gemeinsam mit dem Antrag H zu beraten: C 3, C 5, C 25, C 36, C 38, C 46, C 47, C 48, C 52, C 56, C 57, C 60, C 61, C 71 und C 72 sowie die Anträge D 91, D 107, D 108, D 113 und D 196 (Antrag D des Bundesvorstandes „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“).

Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge durch Annahme des Antrags H als erledigt zu betrachten.

Initiativantrag Nr. C 80 der Delegierten Dr. Carsten Linnemann, Mike Mohring, Christian Freiherr von Stetten und weiterer 27 Delegierter**Vertrauen deutscher Steuerzahler und Sparer nicht auf's Spiel setzen**

Die CDU Deutschlands setzt sich für die Bewahrung der Stabilität des deutschen Finanzsystems ein. Wir lehnen eine Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung auf EU-Ebene ab. Ebenso wird der von der EU-Kommission am 24. November 2015 vorgelegte Vorschlag für die Errichtung einer zentralisierten, vergemeinschafteten europäischen Einlagensicherung von der CDU abgelehnt. Die vorgeschlagene volle Vergemeinschaftung aller gesetzlich anerkannten Sicherungssysteme auf europäischer Ebene ab 2024 ginge zu Lasten aller deutschen Sparer und ist nicht tragbar.

Die CDU vertritt die Auffassung

- dass es jetzt darauf ankommt, die von Banken für Staaten und genauso die von Staaten für Banken ausgehenden Risiken weiter nachhaltig zu verringern.
- dass deshalb dringend die beschlossenen Maßnahmen zur Errichtung der Bankenunion in allen Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene wirksam umgesetzt werden müssen.
- dass es gilt, das Vertrauen in die Sicherheit der Spareinlagen und in die Stabilität der Banken zu stärken. Die vorgeschlagene Vergemeinschaftung von Bankrisiken durch eine gemeinsame Europäische Einlagensicherung würde das Gegenteil bewirken. Sie ist deshalb nicht im Interesse der deutschen Sparer. Wir setzen auf die Stärkung des dreigliedrigen deutschen Bankensystems.
- dass die Finanzierung der Realwirtschaft, insbesondere auch der mittelständischen Unternehmen, durch das bewährte deutsche Universalbankensystem nicht auf's Spiel gesetzt werden darf.
- dass der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung in ihren Bemühungen nicht nachlassen dürfen, die vorgeschlagene Vergemeinschaftung der Einlagensicherung zu verhindern.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 80 anzunehmen.

Initiativantrag Nr. C 81 der Delegierten Dr. Carsten Linnemann, Christian Freiherr von Stetten, Dr. Mathias Middelberg und weiterer 27 Delegierter

Wir stellen den Antrag, die folgende Änderung im Antrag D 117 vorzunehmen:

Ziffer 14, Zeilen 266 bis 270

Ändere

„Die künftige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer muss dem Auftrag des Sozialstaatsgebots entsprechen. Dabei dürfen die erfolgreichen deutschen Familienunternehmen jedoch nicht um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Eigenständigkeit gebracht werden.“

in

„Die künftige Ausgestaltung der Erbschaftsteuer muss dem Gleichbehandlungsgrundsatz entsprechen. Dabei dürfen die erfolgreichen deutschen Familienunternehmen nicht um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Eigenständigkeit gebracht werden.“

Initiativantrag Nr. C 82 der Delegierten Bettina Wiesmann, Volker Bouffier, Julia Klöckner und weiterer 27 Delegierter

D Zeile 417, als Ziff. 22 neu:

"Kinderreiche Familien leisten einen großen Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft. Sie tragen besonders zur demografischen Stabilisierung und Fortschreibung des Generationenvertrags bei. Sie wenden deutlich mehr Zeit und Geld für die Erziehung, Pflege und Bildung ihrer Kinder auf und tragen zugleich höhere Opportunitätskosten als Familien mit einem oder zwei Kindern. Unser Ziel ist es, diesen Familien die angemessene Aufmerksamkeit, Sensibilität und Anerkennung zuteil werden zu lassen und Schlechterstellungen auf allen Ebenen und in allen Bereichen entgegenzuwirken, z.B. durch entsprechende Ausgestaltung von Familienangeboten und -tarifen oder durch stärkere Staffelung familienpolitischer Leistungen nach der Kinderzahl."

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 81 anzunehmen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 82 in folgender Fassung anzunehmen:

Nach Zeile 416 soll folgender Text angefügt werden:

„Kinderreiche Familien leisten einen großen Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft. Sie tragen besonders zur demografischen Stabilisierung und Fortschreibung des Generationenvertrags bei. Sie wenden deutlich mehr Zeit und Geld für die Erziehung,

Pflege und Bildung ihrer Kinder auf und tragen zugleich höhere Opportunitätskosten als Familien mit einem oder zwei Kindern. Unser Ziel ist es, diesen Familien die angemessene Aufmerksamkeit, Sensibilität und Anerkennung zuteil werden zu lassen, z. B. durch entsprechende Ausgestaltung von Familienangeboten und -tarifen und durch stärkere Staffelung familienpolitischer Leistungen nach der Kinderzahl."

Initiativantrag Nr. C 83 der Delegierten Dr. Carsten Linnemann, Thomas Jarzombek, Jana Schimke und weiterer 27 Delegierter

Einwanderung in Sozialsysteme verhindern

Die CDU Deutschlands spricht sich für eine gesetzliche Regelung aus, die EU-rechtskonform nichtdeutsche EU-Bürger vom Anspruch auf existenzsichernde Leistungen nach dem Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) beziehungsweise dem Sozialhilferecht (SGB XII) ausnimmt - analog zu den Regelungen im Rahmen von Hartz IV.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 83 anzunehmen.

Initiativantrag Nr. C 84 der Delegierten Ingbert Liebing, Sabine Verheyen, Anke Beilstein und weiterer 27 Delegierter

Kreislaufwirtschaft: Nachhaltig nur mit den Kommunen!

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht vor, dass die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft weiterentwickelt wird. „Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsnahen Wertstofffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktverantwortung werden als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft gefestigt.“

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 84 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Die CDU Deutschlands bekennt sich zum Prinzip der

Produktverantwortung. Wer Produkte in den Markt bringt, ist auch dafür verantwortlich, diese hinterher zurückzunehmen und möglichst wiederzuverwerten. Es muss über die Preiskalkulation ein Anreiz entstehen, möglichst über die gesamte Wertschöpfungskette wenige Ressourcen einzusetzen und viel wiederzuverwerten. Diese Produktverantwortung wollen wir stärken und erreichen, dass prioritär Produkte vom Hersteller bzw. Lieferanten zurückgenommen werden müssen.

Das Recyclingsystem von Verpackungen muss einfacher, bürgerfreundlicher und ökologisch effizienter gestaltet und auf die gesamte Produktpalette ausgeweitet werden. Die Abfall- und Wertstofftrennung muss sich stärker an der Materialart ausrichten, damit das System für die Menschen nachvollziehbar, verständlich und praktikabel ist.

Dafür muss die Organisation des Recyclingsystems verbessert werden. Die CDU Deutschlands fordert, die Zuständigkeit für die Erfassung und Sammlung von Wertstoffen und Verpackungen in die Kommunale Selbstverwaltung im Sinne einer Gewährleistungspflicht zu übertragen. Dabei müssen die Kommunen transparente öffentliche Ausschreibungen und hohe Recyclingquoten sicherstellen. Die Unternehmen der Entsorgungswirtschaft sind mit ihrem Leistungsspektrum dabei wichtige Partner.

Die bestehenden strukturellen Probleme bei der Sammlung von Verpackungsabfällen werden durch den Arbeitsentwurf der Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks nicht gelöst. Mit der „Zentralen Stelle“ als Stiftung der Hersteller und Systembetreiber wird ein neues zusätzliches bürokratisches Konstrukt geschaffen, das dann auch noch die Schiedsgerichtsbarkeit mit den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern übernehmen soll. Komplizierter und aufwendiger konnte man sich das nicht ausdenken. Diese Selbstverwaltung der Hersteller soll die Selbstverwaltung der Bürger ersetzen. Daher lehnt die CDU Deutschlands diesen Entwurf ab.

Initiativantrag Nr. C 85 der Delegierten Thomas Bareiß, Walter Arnold, Joachim Stünkel und weiterer 27 Delegierter

Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, dass Erneuerbare Energiespeicherung nicht mit einer EEG-Umlage belastet werden darf.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 85 durch Beschlussfassung des Antrags C 65 als erledigt zu betrachten.

Initiativantrag Nr. C 86 der Delegierten Dr. Kristina Schröder, Nadine Schön, Thomas Strobl und weiterer 27 Delegierter

Die CDU Deutschland unterstützt die Initiative „Eltern in der Politik“. Sie sagt zu, sich künftig an die von der Initiative vorgeschlagene Selbstverpflichtung für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie zu halten.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 86 anzunehmen.

Diese Selbstverpflichtung umfasst im Einzelnen:

- Der Sonntag sollte politikfrei sein. Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen auf den Sonntag.
- Wir laden nur zu solchen Veranstaltungen am Wochenende ein, bei denen die ganze Familie willkommen ist. Wir freuen uns, wenn andere Veranstaltungen familienfreundlich gestaltet werden und besuchen solche Veranstaltungen besonders gerne.
- Als Vorsitzender oder Vorsitzende von Gremien des Parlaments oder der Partei achten wir auf eine effiziente Sitzungsleitung. Wir laden grundsätzlich unter Angabe eines Endzeitpunktes ein. Bei Terminierungen nehmen wir auf Belange von Kolleginnen und Kollegen mit Kindern besondere Rücksicht.
- Als Arbeitgeber oder Arbeitgeberin setzen wir auf Effizienz, statt auf Präsenz. Wir ermöglichen flexible Arbeitszeiten und Teilzeit auch in Führungspositionen. Wir wollen die Arbeitszeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Abend und am Wochenende so weit wie möglich reduzieren.
- Als politische Wettbewerber oder Wettbewerberinnen nehmen wir besondere Rücksicht auf politische Konkurrenten, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist. Wir kommentieren es grundsätzlich nicht negativ, wenn aus familiären Gründen Termine nicht wahrgenommen werden.

Initiativantrag Nr. C 87 der Delegierten Wolfgang Merbach, Eva-Maria Wybrands, Dr. Ernst Isensee und weiterer 27 Delegierter

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern die Kriseninterventionsmaßnahme „Gegen Angst in belastenden Lebenslagen“ wieder einzuführen.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 87 an den Bundesfachausschuss Innenpolitik zu überweisen.

Die Polizei sieht sich vielerorts wegen der Flüchtlingssituation, die zusätzlich zu den ohnehin schon hohen Belastungen bewältigt werden muss, einer sehr starken Belastung ausgesetzt. Dauereinsätze und Tausende Überstunden bringen sie an ihr Limit. Und anders als z.B. beim Hochwasser ist diesmal kein Ende des Einsatzes abzusehen. Am 12. 12.2015 ist bekannt geworden, dass in den Ländern nach Möglichkeiten gesucht werden, die Polizei u. A. durch die Einstellung von Hilfspolizisten zu entlasten. Rechtliche und politische Erwägungen erschweren und verzögern schnelle Lösungen. Insbesondere die Ausstattung mit Schusswaffen wird sehr kontrovers diskutiert.

Eine kurzfristig einzuführende, weil erprobte Maßnahme ist die in Sachsen-Anhalt entwickelte und zwischen 1998 bis 2001 durchgeführte Maßnahme „Gegen Angst in belastenden Lebenslagen“. Im Kern geht es darum, dass in Zeiten der Krisenhäufung, also nachts und am Wochenende, in den Polizeirevieren sozialarbeiterisch geschulte Maßnahme Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Der Einsatzleiter vor Ort oder im Revier entscheidet, ob ein Einsatz in das originäre Aufgabenfeld der Polizei gehört oder in Fällen wie Einzelfallhilfe, Krisen im häuslichen Umfeld oder Opferhilfe das Tätigkeitsfeld von Sozialarbeit tangiert und daher von den Maßnahme-Mitarbeitern durchgeführt wird. Insbesondere auch bei Gewaltkonflikten in Gruppen wie z. B. in Nachbarschaften (und heute auch in Flüchtlingsbereichen), bei denen immer damit zu rechnen ist, dass der Krach wieder losgeht, wenn die Polizei weg ist, setzte die Polizei die Mitarbeiter vor Ort ein. So waren die Polizisten vor Ort nicht gebunden, sondern frei für Akutfälle. Gleiches galt, wenn ein Polizeinotruf einging, weil irgendwo Gewalt „in der Luft liegt“, aber noch nicht ausgebrochen war und damit verhindert werden konnte. Eine Schusswaffe wurde nicht eingesetzt.

Das Projekt endete, als die kommunalen Einrichtungen selbst zu den Krisenzeiten eigene Hilfsangebote eröffneten.

Dennoch hat die Gewerkschaft der Polizei für einen dauerhaften Einsatz des Projektes plädiert, da es zu weniger Delikten und Gewalttaten gekommen ist und

eine deutliche Entlastung gespürt wurde.

Mehrere Evaluationen unter Beteiligung der kommunalen Einrichtungen sowie des Landtags und eine wissenschaftliche Untersuchung bestätigen die Wirksamkeit der Krisenintervention.

Die Mitarbeiter wurden durch das Arbeitsamt gefördert. Sie wurden weitgehend durch die Polizei und entsprechende Kurse für die spezifischen Anforderungen der Arbeit qualifiziert und konnten nach 2 Jahren alle auf den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden

Initiativantrag Nr. C 88 der Delegierten Albrecht Schütte, Boris Schmitt, Sarina Kolb und weiterer 27 Delegierter

Wir verlangen, dass dem UNHCR die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Flüchtlingslager in der Türkei, dem Libanon und Jordanien ausreichend mit Lebensmitteln und medizinischen Gütern zu versorgen.

Dazu fordern wir, dass u. a. die Bundesregierung auf die Europäische Union und die europäischen Staaten Druck ausübt, dem deutschen Beispiel zu folgen und alle Außenstände gegenüber dem UNHCR und dem World Food Programme zu begleichen. Falls dieser Druck keinen schnellen Erfolg zeigt, sollten die Außenstände der EU und deren Länder von Deutschland (zwischen-)finanziert und kurzfristig mit deutschen Zahlungsverpflichtungen an die EU verrechnet werden.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C 88 in folgender Fassung anzunehmen:

Die CDU-geführte Bundesregierung investiert in dieser Legislaturperiode über 12 Milliarden Euro in die Bekämpfung struktureller Fluchtursachen. Mit diesen Mitteln werden unter anderem Herkunfts-, Erstaufnahme- und Transitländer mit Notunterkünften, Lebensmitteln, medizinischer Versorgung und Bildungsinitiativen unterstützt.

Deutschland gehört zu den weltweit größten Gebern internationaler Organisationen, die sich in der Flüchtlingskrise

engagieren, und hat alle fälligen Außenstände beglichen. Zur Unterstützung von UN-Hilfsorganisationen wie Flüchtlingswerk (UNHCR), Welternährungsprogramm (WFP) und Kinderhilfswerk (UNICEF) hat die Bundesregierung seit 2012 bereits über 1,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung angekündigt hat, schon zu Beginn des Jahres 2016 einen wesentlichen Anteil der Jahresbeiträge an internationale Hilfsorganisationen vorab zu leisten, und dass Deutschland, Großbritannien, Norwegen und Katar am 4. Februar 2016 nach London zu einer internationalen Geberkonferenz zur Finanzierung der syrischen Flüchtlinge im Nahen Osten eingeladen haben. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass auch die Europäische Kommission und die anderen EU-Mitgliedstaaten ihre Außenstände an internationale Hilfsorganisationen zügig begleichen und möglichst frühzeitig die versprochenen Beiträge 2016 leisten.